
„Lasst den Mittelstand nicht im Stich!“

16.04.20 | Berlin

„Lasst den Mittelstand nicht im Stich!“

Die Berliner Wirtschaft appelliert an die Politik, das Rückgrat der Wirtschaft in der Corona-Krise nicht zu vergessen

Heute haben 17 Berliner Wirtschaftsverbände gemeinsam den Berliner Senat aufgefordert, ein erweitertes Zuschussprogramm für mittelständische Unternehmen zu beschließen. Sie sehen sowohl im Vergleich zu kleineren Unternehmen als auch zu mittlerweile 14 anderen Bundesländern eine erhebliche Förderlücke, die geschlossen werden müsse.

Das Programm soll mindestens für Unternehmen mit 10 bis 100 Beschäftigten und unabhängig von Bundeskrediten zur Verfügung gestellt werden. Die Verbände empfehlen eine Staffelung der Zuwendungen bis 50 Beschäftigte in Höhe von 30.000 Euro und bis 100 Beschäftigte bei 60.000 Euro. Zudem solle der Senat sich dafür einsetzen, dass Unternehmen, die Corona-bedingte Kredite in Anspruch nehmen, Zinsen und Tilgungen dieser Kredite künftig steuerlich geltend machen können.

Mittelständische Unternehmen prägen die Berliner Wirtschaftsstruktur und haben in den vergangenen Jahren maßgeblich zum Wachstum von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen in Berlin beigetragen. So entfallen 80 Prozent der Umsätze und 85 Prozent der sozialversicherungspflichtigen

Arbeitsplätze auf Betriebe mit mehr als 10 Mitarbeitern. Nur ein Teil dieser rund 17.500 Unternehmen wird nach Prognose der Verbände Zuschüsse beantragen. Daher werde voraussichtlich ein Programmvolumen von 400 bis 500 Millionen Euro benötigt. Zum Vergleich: Brandenburg hat seinen Rettungsschirm auf ein Volumen von 2 Milliarden Euro ausgedehnt.

Mit dem neuen Soforthilfe-Paket für Unternehmen von elf bis 100 Beschäftigten, das der Senat am 9. April angekündigt hat, stehen hingegen weiterhin Kredite im Vordergrund. Zuschüsse werden den Unternehmen erst gewährt, wenn eine Ablehnung des Kreditantrags auf Bundesmittel vorliegt. Nach Einschätzung der Verbände helfen Kredite den Unternehmen aktuell aber nur bedingt: Angesichts des erzwungenen Stillstands und der unsicheren Perspektive, wann die Krise endet, fehle vielen Unternehmen die Kapitaldienstfähigkeit. Dies mache ein Zuschussprogramm unabdingbar.

Folgende Berliner Verbände haben diese Vereinbarung unterzeichnet:

- Bauindustrieverband Ost
- DEHOGA Berlin
- Die Familienunternehmer
- Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg
- Fachverband Außenwerbung
- Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Berlin und Brandenburg
- Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg
- Handelsverband Berlin-Brandenburg
- Handwerkskammer Berlin
- IHK Berlin
- Initiative Berliner Proficlubs
- INTOURA
- Kompetenzteam Mittelstand der IHK Berlin
- media:net berlinbrandenburg
- Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg
- Verband der Software-, Informations- und Kommunikations-Industrie in Berlin und Brandenburg
- Verein Berliner Kaufleute und Industrieller

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)
- [Drucken](#)

-
- [Als PDF speichern](#)

Ihr Ansprechpartner zum Thema Wirtschaftspolitik

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:

Weickert [at] akb-kunststoff.de

[Download VCF](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] akb-kunststoff.de

[Download VCF](#)